

<https://www.jungewelt.de/2017/01-17/017.php>

Ausgabe vom 17.01.2017 / Seite 4 / Inland

»Keine neuen Provokationen«

**US-Kampfbrigade wird an russischer Grenze stationiert.
Nur Die Linke äußert Protest gegen die Truppenverlegung
quer durch Deutschland**

Von Kristian Stemmler



Russland im Blick: Soldat der US-Army bewacht den Transport von militärischem Ausrüstungsgerät in Bremerhaven, 8. Januar 2017. Foto: Fabian Bimmer/Reuters

Offenbar ist die Linkspartei die einzige parlamentarische Kraft, die sich daran stört, dass in den vergangenen Tagen Hunderte Panzer und andere Fahrzeuge der US-Armee auf deutschen Straßen und Schienen gen Osten rollten. In allen fünf Bundesländern, durch die laut Medienberichten das Gerät und die Fahrzeuge der 3. Kampfbrigade der 4. US-Infanteriedivision »Iron Brigade« im

Rahmen der Operation »Atlantic Resolve« (Atlantische Entschlossenheit) an die polnisch-russische Grenze transportiert wurden, protestierten Politiker und Landesverbände der Partei scharf gegen das Säbelrasseln von USA und NATO.

Vom 4. bis 8. Januar wurden mehr als 2.500 Stücke Frachtgut der Brigade in Bremerhaven entladen und hauptsächlich mit Güterzügen nach Polen befördert (*jW* berichtete). Zur Ausrüstung der 3. Kampfbrigade gehören 446 Kettenfahrzeuge, 907 Radfahrzeuge sowie 650 Anhänger und Auflieger. Darunter befinden sich unter anderem 87 Kampfpanzer, 144 Bradley-Schützenpanzer, 18 Panzerhaubitzen sowie 419 geländegängige Fahrzeuge (Humvees), wie das *Bundeswehr-Journal* berichtete.

»Wir brauchen keine neuen Provokationen, sondern eine neue Entspannungspolitik«, kritisierte Martin Dolzer, friedenspolitischer Sprecher der Linksfraktion, am Donnerstag in einer Pressemitteilung. Mit einer Anfrage will Dolzer vom »rot-grünen« Senat wissen, ob die Berichte stimmen, dass die Transporte für »Atlantic Resolve« auch durch Hamburg führten. Er fragt danach, ob die Bevölkerung an der Strecke informiert wurde und ob sich unter den transportierten Gütern Explosivstoffe oder radioaktiv strahlende Komponenten befanden. Die erhöhte Präsenz von NATO-Streitkräften an der polnisch-russischen Grenze könne den Frieden in Europa gefährden, so Dolzer. Hamburg habe sich per Verfassung als »Mittlerin des Friedens« ausgegeben, daher dürfe der Senat derartige Rüstungstransporte durch die Hansestadt nicht zulassen.

In Bremerhaven hatten bereits am 7. Januar rund 400 Menschen gegen den Truppenaufmarsch demonstriert, darunter Vertreter der Linkspartei Bremens und Niedersachsens, das von den Transporten ebenfalls betroffen war. Auch die Linksparteien in Brandenburg und Sachsen-Anhalt, durch die die US-Fahrzeuge rollten, übten Kritik. »Wir sind historisch dafür in der Verantwortung, für Frieden und Abrüstung zu sorgen. Panzer schaffen keinen Frieden – nirgends«, erklärte Christian Görke, Vorsitzender der brandenburgischen Linkspartei.

In Brandenburg gab es übrigens den einzigen vernehmbaren Protest eines prominenten Sozialdemokraten gegen die Provokationen der NATO. »Es hilft uns nicht weiter, wenn Panzer auf beiden Seiten der Grenze auf- und abfahren«, sagte Ministerpräsident Dietmar Woidke bereits am 4. Januar, an dem der US-Truppenaufmarsch begann. Dafür wurde er natürlich umgehend von rechts unter Feuer genommen. So fand es der brandenburgische CDU-Fraktionschef Ingo Senftleben laut *rbb* »befremdlich«, dass sich ausgerechnet Woidke als Polenbeauftragter der Bundesregierung für russische Interessen stark mache.

Der Berliner CDU-Bundestagsabgeordnete Karl-Georg Wellmann dekretierte in der *BZ* vom 6. Januar: »Herr Woidke fügt dem Ansehen Deutschlands erheblichen Schaden zu, wenn er sich darüber beschwert, dass Militärkonvois durch Brandenburg transportiert werden.« Wellmann hat sich bisher vor allem durch Agitation gegen Russland hervorgetan, unter anderem als Vorsitzender der »Agentur zur Modernisierung der Ukraine«. Russland verhängte ein Einreiseverbot bis 2019 gegen den CDU-Politiker.